



Frauen Union

**„Frauen gestalten Zukunft –
Deutschland im demografischen Wandel“**

**Beschluss des 27. Bundesdelegiertentages der Frauen
Union der CDU Deutschlands, 27./28. Oktober 2007,
Braunschweig**

CDU

I. Eine der wichtigsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen in einer Zeit epochaler Veränderungen ist der demografische Wandel. Wir wollen diese Herausforderung meistern, indem wir uns an der Gestaltung einer verantwortlichen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Politik im 21. Jahrhundert beteiligen.

„Wie wollen wir morgen leben?“ – heißt die Kernfrage.

Unsere Devise lautet:

Heute handeln für Ergebnisse von morgen und übermorgen!

Die Auswirkungen der Abnahme der Bevölkerungszahl, der Veränderung von Familienstrukturen und der Altersstruktur der Bevölkerung sowie deren räumliche Verteilung betreffen alle Lebensbereiche. Wir brauchen daher eine umfassende Strategie zur Bewältigung dieses Strukturwandels und eine Querschnittspolitik, die alle Politikbereiche und politischen Ebenen umfasst. Generationengerechtigkeit muss eines der Leitmotive dieser Querschnittspolitik sein. Eine solide nachhaltige Finanzpolitik hält Handlungsspielräume für zukünftige Generationen aufrecht.

Deutschlands Bevölkerung wird voraussichtlich von derzeit etwa 82 Millionen Menschen auf etwa 72 Millionen Einwohner bis zum Jahr 2050 zurückgehen, der Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre hingegen wird zunehmen: In 2010 wird die Zahl der 65-Jährigen und Älteren bei etwa 17 Millionen liegen, im Jahr 2050 werden es um die 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger sein. Schon heute spüren wir die Veränderungen: Städte werden rückgebaut, Schulen geschlossen, Produkte und Dienstleistungen speziell für Ältere haben Konjunktur.

Hauptursache für die Bevölkerungsabnahme ist und bleibt, dass zu wenige Kinder geboren werden. Zugleich erleben wir eine starke Binnenwanderung. Vor allem junge Frauen wandern aus den östlichen Bundesländern in wirtschaftlich prosperierende Ballungsgebiete ab. Wir müssen uns mit

der Bevölkerungsabnahme, der Überalterung der Bevölkerung und diesen Wanderungsbewegungen gezielt auseinandersetzen.

Angesichts des gestiegenen Interesses für die Auswirkungen des demografischen Wandels und angesichts der Sorge um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wächst die Aufmerksamkeit für die Rolle der Frauen und der Familien sowie die Wirkung von Frauen- und Familienpolitik.

Darüber hinaus ist Migration ins bzw. aus dem Ausland gelebter Alltag in unserem Land. Nach Schätzungen hatte Deutschland 2005 allerdings unter dem Strich kaum 20.000 Einwanderer im klassischen Wortsinn zu verzeichnen. Diese Wanderungsgewinne reichen nicht aus, um die Lücke zwischen Geburten- und Sterberate zu schließen. So war denn auch die Bevölkerungszahl von 82,501 Millionen im Jahr 2004 auf 82,438 Millionen im Jahr 2005 gesunken. Die Zuwanderung nach Deutschland ist also bei weitem nicht mehr so stark, wie sie empfunden wird. Heute leben 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien in Deutschland, davon gut 95 Prozent in den alten Bundesländern. Der Integrationsbedarf der bei uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund hat deutlich zugenommen.

Wir müssen die Chancen zu einer nachhaltigen Gestaltung der Zukunft nutzen und neue Wege gehen:

1. Große Potenziale zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft bleiben oft ungenutzt oder werden durch vorherrschende Normen und institutionelle Rahmenbedingungen behindert. So verlangt eine Ausschöpfung dieser Potenziale neue Formen einer intelligenten Arbeitsteilung zwischen Generationen und Geschlechtern.
2. Mehr Bildung und lebenslanges Lernen von Kindesbeinen an bis ins Alter sind für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands unabdingbar. Dazu gehört auch eine lebenszyklusorientierte Personalpoli-

tik, d.h. vor allem eine Flexibilisierung von Lebensarbeitszeiten, Lebensarbeitsformen und Arbeitsmodellen für alle.

3. Eine nachhaltige Familienpolitik für junge Familien und Ältere ist sowohl für die weitere demografische Entwicklung als auch für eine zukunftsfähige, Generationen verbindende Gesellschaft wie für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands entscheidend. Bei der – höchst privaten – Entscheidung für Kinder bilden die Politik für junge Familien, aber vor allem Grundwerte und die Wertigkeit von Kindern in der Gesellschaft den Rahmen. Wir wollen die Familie als stärkendes gemeinschaftliches Element wieder ins Bewusstsein der Menschen bringen. Kinder müssen selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschaft sein.
4. Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern wird für die zukünftige Entwicklung Deutschlands zur Schlüsselfrage. Denn nur mit der vollen Entfaltung des großen Potenzials von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden wir die Veränderung meistern können. Zentrale Fragen der zukünftigen Entwicklung, wie die Entzerrung der sogenannten „Rush Hour des Lebens“, die sinnvolle Gestaltung der gewonnenen Jahre im sogenannten dritten Lebensalter oder der Umgang mit der wachsenden Zahl älterer Angehöriger und Pflegebedürftiger betreffen Frauen in besonderer Weise. Sie können nur mit ihnen gelöst werden.
5. Bürgerschaftliches Engagement von Frauen und Männern muss in stärkerem Maße in das Bewusstsein der Gesellschaft rücken und zwar nicht nur durch das unmittelbar notwendige Tun sondern auch in der gesteigerten Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit.

6. Seit der Ankunft der ersten Gastarbeiter in Westdeutschland in den 50er Jahren und der ersten ausländischen Vertragsarbeitnehmer in Ostdeutschland in den 60er Jahren sind mehr als 40 Jahre vergangen. Viele Menschen sind seither zu uns gekommen und geblieben. Heute wandern bei weitem nicht mehr so viele Menschen zu wie früher. Gemeinsam mit den Zugewanderten sowie deren Kindern und Enkeln besteht die gesellschaftliche Verpflichtung, das Fundament für unser Zusammenleben in den nächsten Jahrzehnten zu legen. Ihre Integration gehört zu den großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Darin liegt ein bedeutendes Potenzial für unser Land. Hierbei umfasst Integration Fördern und Fordern von allen Beteiligten. Denn Integration ist keine Einbahnstraße.

II. Darum setzen wir uns ein für:

- **Bildung und lebenslanges Lernen – Chancen verbessern**

Lebenslanges Lernen ist Förderung und Weiterentwicklung der Fähigkeiten jedes Einzelnen – von den ersten Lebensjahren an bis ins hohe Alter. Die Chancen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt, aber auch diejenigen der Unternehmen im internationalen Wettbewerb, hängen von der richtigen Qualifikation ab. Die wichtigste Ressource der deutschen Wirtschaft sind gut ausgebildete, innovative, sozial denkende und unternehmerische Menschen.

- Kinder brauchen einen lückenlosen Bildungsgang und reibungslose Übergänge von der frühkindlichen Bildung in der Kindertageseinrichtung über die Grundschule bis in die weiterführenden

Schulen und hin zu Ausbildung oder Studium. Wir müssen die Durchlässigkeit des Bildungswesens sicherstellen. Dies erfordert eine konsequente Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen auf konzeptioneller wie auf struktureller Ebene.

- Die Frauen Union Deutschlands setzt sich für die Entwicklung von länderübergreifenden Schulbüchern auf Basis gemeinsamer Bildungsstandards ein.
- Durch die weitere Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungssystems müssen mehr qualifizierte Arbeitskräfte ausgebildet werden. Auch gering qualifizierte Arbeitskräfte müssen eine Chance in der Arbeitswelt erhalten.
- Für berufliche Wiedereinsteigerinnen gilt es, Weiterbildungskonzepte zu entwickeln.
- Bürgerinnen und Bürger, junge ebenso wie ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, müssen besser über die Chancen lebenslangen Lernens informiert und zu einer stärkeren Bildungsbeteiligung motiviert werden. Wir fordern, dass noch in dieser Legislaturperiode das im Koalitionsvertrag vereinbarte, staatlich geförderte Weiterbildungssparen umgesetzt wird. Der Begriff "Weiterbildungssparen" umfasst dabei unterschiedliche, individuelle staatliche Finanzhilfen, die die Finanzierung von Weiterbildung erleichtern sollen.
- Unternehmen in Deutschland sind wichtige Partner als Auftraggeber und Anbieter beruflicher Weiterbildung.
- Für Hochschulen und andere öffentlich-rechtliche Bildungseinrichtungen liegt in der Weiterbildung ein Zukunftsfeld, in dem sie sich stärker engagieren müssen.
- Das lebenslange Lernen muss durch eine Zusammenarbeit der Bildungsträger gefördert und weiterentwickelt werden, z.B. durch Bildungsberatung und selbstorganisiertes Lernen mit Medienunterstützung.

- Deutschland muss zum Magneten für junge Fach- und Führungskräfte und deren Familien werden, damit junge Menschen statt im Ausland hier ihre Zukunft sehen und damit talentierte Frauen und Männer bei uns bleiben oder zu uns kommen. Für sie müssen günstige Lern-, Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für junge Frauen im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich.

- **Lebenszyklusorientierte Personalpolitik fördern**

Zur Abmilderung des demografisch bedingten drohenden Fachkräftemangels wird es für Unternehmen unerlässlich sein, die Vielfalt der Arbeitnehmerschaft in den Blick zu nehmen und das Potenzial von Frauen ebenso wie von Männern, von Jüngeren und Älteren sowie von Einheimischen und Zugewanderten auszuschöpfen.

- Insgesamt notwendig ist eine lebenszyklusorientierte Personalpolitik der Unternehmen mit einer Modularisierung von Ausbildungen, flexiblen Arbeitszeiten, lebenslangem Lernen und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Dabei sollen Frauen ihren Qualifikationen entsprechend besser eingesetzt und bezahlt, ihre spezifischen Lebensverläufe berücksichtigt, und Männer ermutigt werden, mehr familiäre Verantwortung zu übernehmen. Deutschland besitzt ein großes Potenzial an gut ausgebildeten Frauen, die wegen der Kindererziehung ihre Erwerbsarbeit aufgegeben haben. Sie haben in der Regel eine gute berufliche Qualifikation. Während ihrer Familientätigkeit haben sie Kompetenzen erworben, die auch im Erwerbsleben von Vorteil sind. Die Unternehmen in Deutschland müssen für dieses Potenzial sensibilisiert werden. Sie müssen diese Frauen stärker in den Blick nehmen und zeitliche und räumliche Lösungen an-

bieten, die es den Frauen ermöglichen, Familienarbeit und Erwerbsarbeit zu vereinbaren.

- Die besonderen Qualifikationen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen stärker gewürdigt und sie daher länger beschäftigt werden, in ihre Weiterbildung muss investiert und vor ihrem Ausscheiden aus dem Beruf muss für einen geeigneten Wissenstransfer gesorgt werden.
- Unternehmen, die sich der demografischen Herausforderung in besonderer Weise stellen, sind im Wesentlichen von Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und der Politik gezielt darin zu unterstützen, um die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu erhöhen.

- **Chancen von Frauen im Beruf weiterentwickeln**

Junge Frauen sind genauso gut oder sogar besser ausgebildet als junge Männer. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des hohen Bedarfs an eingearbeiteten Fachkräften ist Deutschland zunehmend auf qualifizierte weibliche Arbeitskräfte angewiesen. Darin liegt die große Chance, zu der überfälligen tatsächlichen beruflichen Gleichstellung von Frauen zu kommen. Immer noch sind Frauen in Leitungs- und Führungspositionen, insbesondere in Vorstandsetagen oder in wissenschaftlichen Spitzenpositionen die Ausnahme und nicht die Regel, und immer noch verdienen Vollzeit arbeitende Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer.

- Wir brauchen in der Bildung und Qualifikation von Mädchen und Frauen mehr Information und Werbung für zukunftssträchtige Berufe, eine Aufwertung der von Frauen bevorzugten Berufe, ein systematisches Heranführen von Mädchen an technische Berufe schon in den ersten Lebensjahren, ein Einbinden weiblicher Fä-

higkeiten in neue Berufsbilder, eine tatsächlich familiengerechte Arbeitswelt, eingeleitet durch einen Bewusstseinswandel in den Führungsetagen, der von Vorurteilen und überkommenen Rollenmustern weg zur Akzeptanz von veränderten Familienstrukturen und so zur Gleichstellung von Frauen im Beruf führt.

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter verwirklichen**

Eine familiengerechte Arbeitswelt und geeignete Rahmenbedingungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sowohl für eine nachhaltige Familienpolitik als auch für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands entscheidend. Denn nur wenn die Balance zwischen Familie und Beruf gelingt, werden sich wieder mehr junge Menschen für Kinder entscheiden.

Junge Frauen wünschen sich heute ganz überwiegend eine möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, wie sie in vielen unserer Nachbarstaaten bereits gelebt wird. Junge Männer wollen und sollen nicht länger nur Ernährer sein, sondern sich aktiv an der Kinderbetreuung und -erziehung beteiligen.

Die Bundesregierung hat mit der Einführung des Elterngelds, der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für Kinder unter 3 Jahren, der Stärkung des Arbeitsplatzes Privathaushalt und der „Allianz für Familien“ mit der Wirtschaft die Rahmenbedingungen dafür nachhaltig verbessert. Mittelfristig ist zu klären, mit welchen direkten bzw. indirekten Familienleistungen aller staatlichen Ebenen die familienpolitischen Zielsetzungen erreicht werden konnten bzw. erreicht werden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sollte auch über einen

zielgerichteteren Einsatz von Finanzmitteln innerhalb des gesamten Bundeshaushaltes für mehr Bildung, Betreuung und Erziehung in Erwägung gezogen werden. Darüber hinaus sollen weitere Hemmschwellen abgebaut werden: Bei der für Frauen nachteiligen Lohnsteuerklasse V zeigt das jahrelange Drängen der Frauen Union endlich Erfolg. Die Lohnsteuerklasse V soll durch ein neues Verfahren ersetzt werden und so der Vergangenheit angehören.

Familien brauchen Zeit füreinander und ein familienfreundliches Umfeld. Unternehmen brauchen auch in Zukunft gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Schlüssel dazu.

Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich gelebt werden kann. Die von der Politik gesetzten und zu setzenden Rahmenbedingungen haben dabei entscheidenden Einfluss auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Deshalb fordern wir die Unternehmen auf, die Vereinbarungen, die die Spitzenverbände der Wirtschaft und der Gewerkschaften mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Familienministerin Ursula von der Leyen getroffen haben, weiter mit Leben zu erfüllen. Familienfreundlichkeit muss zur Chefsache und ein Markenzeichen deutscher Unternehmen werden.
- Wir fordern den flächendeckenden bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten auch für unter Dreijährige und Ganztagschulen sowie von Schulen mit Ganztagsangeboten für alle Altersgruppen. Dieser Ausbau muss mit einer Qualitätsoffensive einhergehen, Betreuung und frühkindliche Bildung müssen sich ergänzen. Kindertageseinrichtungen müssen zu Orten der frühkindlichen Bildung werden. Grundlegend dafür sind die Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und

Erzieher sowie die Qualifizierung in der Kindertagespflege (Tagemütter/-väter).

- Lokale bzw. regionale Bündnisse für Familien können systematisch dabei helfen, Familien- bzw. Kinderpolitik in den Fokus kommunalpolitischer Entscheidungen zu rücken, um die Lebensbedingungen von Familien mit Kindern zu verbessern. Sie sind weiter zu unterstützen.

- **„Rush Hour des Lebens“ entzerren**

Der Kinderwunsch kann sich häufig nur schwer gegenüber anderen Lebensentwürfen wie Erfolg, Karriere oder Sicherheit behaupten. Junge Menschen in Deutschland erreichen ihre ökonomische Selbstständigkeit immer später, möchten diese zuerst sichern und ihre neu gewonnenen finanziellen Möglichkeiten für sich nutzen. Zudem sinkt durch die Arbeitsmarktlage ihr Vertrauen in die finanzielle Absicherung einer Familie, auch wenn sich die wirtschaftliche Konjunktur in Deutschland im Aufwärtstrend befindet. Der Begriff „Generation Praktikum“ und die Tendenz zu befristeten Arbeitsverträgen bringen die Schwierigkeiten vieler junger Menschen beim Start ins Berufsleben auf den Punkt.

Zwischen dem 25. und 40. Lebensjahr sollen die Ausbildung abgeschlossen, der Einstieg in den Beruf erfolgt sein, eine Karriere aufgebaut, finanzielle Unabhängigkeit erreicht und eine Familie gegründet werden. Wissenschaftler sprechen hier von der „Rush Hour des Lebens“. Wenn Ausbildung und Qualifikation wichtiger und zeitintensiver werden oder hohe Mobilitätsanforderungen im Beruf die Partnerwahl erschweren, verschärft sich die „Rush Hour“ weiter. Die Verwirklichung des bei den meisten vorhandenen Kinderwunsches wird zeitlich immer weiter verschoben, bis er entweder gar nicht mehr zum Tragen kommt oder statt mehrerer Kinder nur ein Kind geboren wird.

- Zur Entzerrung der „Rush Hour“ müssen schon während der Ausbildung – insbesondere bei Studierenden – die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und die unterstützende Infrastruktur für Eltern verbessert werden und die Möglichkeit der Teilzeitausbildung erhöht und beworben werden. In den Bundesländern, in denen Studiengebühren erhoben werden, ist zu prüfen, ob Studierenden mit Kindern diese nicht erlassen werden können.
- Darüber hinaus muss die Entwicklung und Verbreitung innovativer Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere ermöglichen, in den Focus der Arbeitsmarktpolitik gerückt werden.
- Modelle zur Anerkennung und Integration der in der Familienphase erworbenen Kernkompetenzen in das Berufsleben müssen entwickelt und für den Alltag nutzbar gemacht werden. Fortbildungsangebote der Bundesanstalt für Arbeit sollen nach einer langen Erziehungsphase auch für Frauen ab dem 45. Lebensjahr angeboten werden.
- Wir fordern eine Modularisierung von Bildungs- und Ausbildungsgängen, die es ermöglicht, zunächst mit einer ersten Qualifikation in den Beruf einzusteigen und früh selbständig zu werden, um später nach einer entsprechenden Weiterbildung beruflich aufzusteigen. Insbesondere die Hochschulen und die Unternehmen haben hier ausreichenden Handlungsspielraum – beginnend mit der Bachelor-/Master-Einführung bis hin zu Lebensarbeitszeitkonten.

- **Haushaltsnahe Dienstleistungen als Wirtschaftsfaktor etablieren**

Dort, wo die Familie nicht mehr den Kern einer generationenübergreifenden Solidarität darstellt, müssen weitere professionelle Dienstleistungen in Kombination mit neuen Solidaritätsformen unabhängig von Verwandtschaft entstehen. Angesichts der Tatsache, dass heute über 70 Prozent aller Pflegeleistungen außerhalb stationärer Einrichtungen von Angehörigen erbracht werden und durch Abwanderung und Fehlen der „Kindergeneration“ diese Funktion zukünftig deutlich weniger geleistet werden kann, werden mittelfristig haushaltsnahe Dienstleistungen ein großes Potenzial als Wirtschaftszweig haben.

Die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen, die die Frauen Union seit Jahren einfordert und die die Bundesregierung deutlich verbessert hat, ist ein wichtiger Meilenstein. Denn haushaltsnahe Dienstleistungen ermöglichen es nicht nur hilfebedürftigen Menschen länger in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben. Sie erleichtern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für erwerbstätige Eltern und bieten Arbeitsmöglichkeiten, die nicht ins Ausland verlagert werden können.

- Die Rahmenbedingungen für den Arbeitsplatz Haushalt müssen insbesondere durch die volle steuerliche Absetzbarkeit weiter verbessert und haushaltsnahe Dienstleistungen weiter als Wirtschaftszweig etabliert werden.
- Für die Realisierbarkeit und den Erfolg müssen dabei Konzepte erprobt werden, die auch angesichts von sinkenden Renten und weniger Einzahlern in die Sozialversicherungssysteme finanziell robust sind. Konzepte der gegenseitigen Verpflichtung müssen publiziert und anerkannt werden.

- **Das dritte Lebensalter sinnvoll nutzen**

Die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate in Deutschland ist eine der niedrigsten weltweit. Dies erfordert ein geändertes Verständnis für die Alterung einer Gesellschaft und neue Antworten auf den Umgang mit der prognostizierten demografischen Entwicklung.

Unter den Potenzialen für den Einzelnen sind vor allem die zunehmenden Jahre an „aktiver Lebenserwartung“ zu nennen. Verbesserte Gesundheit, länger andauernde Selbstständigkeit im Alltag, intellektuelle und emotionale Ressourcen sowie soziales Eingebundensein sowohl im so genannten dritten (60-80 Jahre) als auch im vierten (über 80 Jahre) Lebensalter stellen bedeutende Potenziale für den Einzelnen und für die Gesellschaft dar. Das dritte Alter ist eine neue Lebensphase, die es so bisher nicht gegeben hat. Wissenschaftler sprechen von einer evolutionären Neuerung.

Für manch einen kann die gewonnene aktive Lebenszeit eine weitere Station in der beruflichen Laufbahn bringen. Für andere mag es eine intensive Phase mit der Familie und den Enkeln werden. Wieder andere bringen ihre Fähigkeiten und die gewonnenen Jahre in bürgerschaftliches oder politisches Engagement ein.

- Wir stehen dafür ein, das Altern als chancenreichen Prozess zu begreifen.
- Wir brauchen individuelle Angebote für individuelle Lebensverläufe.
- Wir wollen eine breite öffentliche Diskussion über diese gewonnenen Jahre anstoßen, um die Frage zu beantworten, wie sie für den Einzelnen und für die Gesellschaft sinnvoll genutzt werden können.

- **Das Zusammenleben der Generationen neu gestalten**

Die Auswirkungen des demografischen Wandels erfordern andere Verknüpfungen von Lebensläufen junger und älterer Bevölkerung. Deutschland wird neben Japan das erste Land auf der Welt sein, das in den kommenden 30 bis 40 Jahren erlebt, dass die Zahl der über 80-Jährigen auf das Dreifache wächst, während die mittlere Generation abnimmt. Wir müssen deshalb jetzt Weichen stellen, damit wir die Jungen in Zukunft nicht überfordern. Gerade der Gewinn an aktiver Lebenszeit im Alter bietet die Chance, dass Bürgerinnen und Bürger sich in übergreifenden Netzwerken engagieren und Dienste anbieten, die eine Familie nicht mehr leisten kann.

- Wir fordern unterschiedliche Modelle und Strukturen für das bürger- und nachbarschaftliche Engagement z.B. die Mehrgenerationenhäuser, Wohnanlagen für Jung und Alt. Diese sind eine Möglichkeit, den Veränderungen in Familie und Nachbarschaft zu begegnen. So könnten etwa die jungen Bewohner den Älteren beim Einkaufen helfen, im Gegenzug könnten die älteren Menschen den Jungen bei der Kinderbetreuung behilflich sein.
- Wir unterstützen die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern bei dem Auf- und Ausbau von Senior-Expert-Services sowie caritative Vereine und Verbände bei der Qualifizierung von ehrenamtlichen Seniorenberatern.
- Für den Auf- und Ausbau der Hilfe bedarf es vermehrt lokaler Netzwerke für Pflegedienste und Hilfsangebote.
- Angebote der offenen Altenhilfe sind als Präventionsmaßnahmen zu verstehen, die auch Älteren ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Der Aufbau solcher Angebote soll unter Beachtung der Unterschiede im städtischen und ländlichen Raum und der individuellen Mobilität erfolgen.

- **Gesundheits- und Pflegewesen zukunftsfest machen**

Mit dem Anwachsen der über 80jährigen von heute nicht ganz vier Millionen Menschen auf voraussichtlich über zehn Millionen im Jahr 2050 wandeln sich auch die Anforderungen an das Gesundheits- und Pflegewesen. Ein Drittel aller stationär behandelten Patientinnen und Patienten wird dann 75 Jahre und älter sein.

Die bisherigen Leistungen im Bereich der Geriatrie und ihrer Rehabilitation werden nicht mehr ausreichen. Die erhöhte Morbidität mündet ansonsten im gleichen Umfang in erhöhten Pflegebedarf. Die demografische Entwicklung betrifft auch die Leistungserbringer, namentlich die Hausärzteschaft. Eine nicht unbeachtliche Anzahl von Ärztinnen und Ärzten geht in wenigen Jahren in Ruhestand, ohne einen Praxisnachfolger gefunden zu haben.

Nach den Prognosen des Statistischen Bundesamtes steigt die Zahl der Pflegebedürftigen in der sozialen Pflegeversicherung von 1,89 Millionen im Jahr 2005 auf 3,09 Millionen Pflegebedürftige im Jahre 2030 an. Schon heute sind über zwei Drittel der Pflegebedürftigen weiblich. Gleichzeitig sind 88 Prozent der in den ambulanten Pflegediensten und 85 Prozent der in Heimen Beschäftigten Frauen. Frauen sind also in besonderem Maße von der Problematik der Pflege betroffen.

Die Frauen Union begrüßt daher nachdrücklich, dass eine Pflegezeit für Angehörige eingeführt, Demenzkranke künftig in die Pflegeversicherung einbezogen und wohnortnahe Pflegestützpunkte eingerichtet werden sollen.

Die Leistungsbereiche der Pflegeversicherung und insbesondere die Finanzierung der Pflege sind reformbedürftig. Wir benötigen dringend eine nachhaltige Sicherung der ambulanten wie stationären Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Mit dem derzeitigen System wird es, ob des

demografischen Wandels, zu stetig steigenden Beitragssätzen kommen. Daher halten wir bei der Pflegeversicherung die Einführung kapitalgedeckter Elemente für unerlässlich.

Die Infrastruktur für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen ist vergleichsweise schwach ausgeprägt. Hinzu kommen der Wegzug der jungen und mittleren Generation und damit eine deutliche Minderung der familiären Ressourcen zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen vor Ort.

- Wir fordern einen Ausbau der Angebote der Kurzzeit- und Tagespflege.
- Neue Wohnformen, wie etwa Senioren-Wohngemeinschaften oder Generationen übergreifende Wohnformen können für alleinstehende Menschen fehlende familiäre Netze ersetzen und sollten daher unterstützt werden.
- „Lotsendienste“ sollten flächendeckend eingerichtet werden, damit betroffene Angehörige Anlaufstellen haben, die sie neutral über mögliche Hilfsangebote, Wohnformen oder Pflegeeinrichtungen informieren.
- Um die ambulante Versorgung im hausärztlichen Bereich – vor allem im ländlichen Raum – aufrecht zu erhalten, muss die Berufsausübung als Hausärztin bzw. als Hausarzt attraktiver ausgestaltet werden.
- Die Geriatrie muss deutlich ausgebaut werden. Stationäre Rehabilitationsmöglichkeiten für ältere Menschen müssen verbessert und leichter zugänglich werden.

- **Bürgerschaftliches Engagement stärken**

Die Struktur des freiwilligen Engagements hat sich verändert: Versteht man unter dem klassischen Ehrenamt bislang meist eine über Jahre währende Verpflichtung in einem Aufgabenfeld, so erfolgt ein solches Engagement heute zunehmend über einen kürzeren Zeitraum und in wechselnden Bereichen. Lebensphasenspezifisches Engagement nimmt zu. Das Ehrenamt ist wertvoll und unverzichtbar, weil es als "Kitt" an gesellschaftlichen Nahtstellen Menschlichkeit und Solidarität, Zuwendung und Hinwendung, Unmittelbarkeit und erlebte Nähe garantiert.

Wir benötigen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft den freiwilligen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern für das Gemeinwohl. Eines der prägenden gesellschaftspolitischen Themen der Zukunft wird sein: Wir brauchen mehr freiwilliges Miteinander und neue Kooperationsformen, die jenseits von Markt und Staat und politischer Leistung unser soziales Gefüge ausmachen.

- Bürgerschaftliches Engagement ersetzt immer öfter professionelle Angebote und ergänzt diese. Dieses ist sowohl von staatlichen Stellen als auch von den Anbietern von (sozialen) Dienstleistungen anzuerkennen. Das bedeutet jedoch nicht, dass hierdurch die notwendigen professionellen Angebote reduziert bzw. gänzlich entfallen dürfen.
- Diese Anerkennungskultur von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft muss dringend ausgebaut und neue Formen des Engagements müssen erprobt werden. Bürgerschaftliches Engagement muss sich auch in der Berufsbiografie vorteilhaft auswirken.
- Bürgerinnen und Bürger setzen sich finanziell dauerhaft für das Gemeinwesen ein. Stiftungen müssen auch in Deutschland weitere Verbreitung und Anerkennung finden.

- **Abwanderung aufhalten**

Ein großes Problem insbesondere Ostdeutschlands ist die hohe Abwanderung gut ausgebildeter junger Frauen. Dies bringt das soziale Gleichgewicht durcheinander, die Regionen verarmen: familiär, sozial, wirtschaftlich wie demografisch. Wie in einem Brennglas werden Entwicklungen vorweggenommen, die in anderen Teilen Deutschlands erst in einigen Jahren oder Jahrzehnten spürbar werden. Während hier doppelt so viele Jungen wie Mädchen nicht einmal den Hauptschulabschluss schaffen, erreichen die jungen Frauen anderthalbmal so häufig das Abitur wie ihre männlichen Altersgenossen. Teilweise existiert schon heute in den strukturschwachen Regionen ein Männerüberschuss von 25 Prozent und mehr in der Alterklasse der 18- bis 29-Jährigen. Junge Frauen fehlen als Partnerinnen und zukünftige Mütter. Es werden in diesen Regionen künftig weniger Kinder geboren werden, der demografische Wandel verschärft sich.

Die hohe Abwanderungsrate in den neuen Bundesländern zeigt deutlich, dass trotz eines hohen finanziellen Einsatzes in der Frauenpolitik die Bedürfnisse der Frauen nicht angemessen erfasst wurden. So wandern junge Frauen aber vor allem dann ab, wenn sie keine berufliche Perspektive für einen sicheren Arbeitsplatz und für ein berufliches Weiterkommen sehen. Aus diesem Grund haben sich Arbeitsmarktmodelle, die gezielt jungen Fachkräften auf die Bedürfnisse der Unternehmen zugeschnittene Qualifikationen anbieten, bereits als sehr erfolgreich gezeigt. Darüber hinaus entscheiden sich junge Frauen für ein Verbleiben in der Heimat, wenn sie sich in der Gesellschaft angenommen fühlen. Frauen, die in Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen fest eingebunden sind und sich engagieren, wandern deutlich weniger ab.

Bildung ist das wichtigste Kapital in der modernen Wissensgesellschaft für Frauen und Männer. Traditionelle Männerberufe in der Industrie werden künftig weniger nachgefragt werden. Demgegenüber steigt die Nach-

frage nach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Dienstleistungsbereich. Gerade Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich gelten in Deutschland aber immer noch als eher „weiblich“. Junge Männer müssen also umdenken, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu nutzen.

Die Probleme, die im Osten schon heute mit Händen zu greifen sind, zeigen sich aber nicht nur dort. Im Westen sind ähnliche Entwicklungen heute bereits dort zu beobachten, wo die Geburtenrate besonders niedrig ist und andere ungünstige Standortfaktoren hinzukommen.

- Die kommunalen Jugendämter sind aufgerufen, zusammen mit Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie mit Vereinen und Verbänden in der offenen Jugendarbeit bedarfsgerechte Konzepte zur Jungenförderung zu entwickeln. In Kindertageseinrichtungen und Schulen brauchen wir neben den weiblichen Mitarbeiterinnen mehr männliche Erzieher und Lehrer, denn Jungen brauchen männliche Vorbilder für ihre Entwicklung.
- Wir fordern die Länder auf, Motivations- wie Bildungsprogramme zu erarbeiten, die sich dieser Zielgruppe widmet. Diese müssen gezielt das unterschiedliche Lernverhalten von Mädchen und Jungen thematisieren und daraus spezielle Förderungen ableiten.
- Wesentliche Kompetenzen werden in der Freizeit gewissermaßen spielerisch erlernt. Mädchen müssen daher ermutigt werden, sich stärker in die Führungsebenen von Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen einzubinden. Die Vorteile überschaubarer Strukturen im sozialen Nahraum sollten dabei offensiv genutzt werden.
- Ebenso wie das einseitige Berufswahlverhalten von jungen Frauen weiter zugunsten einer breiteren beruflichen Orientierung aufgelöst werden muss, müssen auch junge Männer an für sie

zunächst untypische aber zukunftsfähige Berufsfelder herangeführt werden.

- Wir fordern einen regen Konzeptaustausch über die vorhandenen kommunalen und regionalen Maßnahmenkataloge, die zukünftige Planungen und Ideen enthalten. Die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs durch Geburtenrückgang und Abwanderung müssen daher besonders aufmerksam verfolgt werden, Lösungsansätze können und müssen hier bereits erprobt werden.
- Um der Abwanderung wirksam zu begegnen, muss ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik sein, jungen Fachkräften berufliche Perspektiven aufzuzeigen. Erfolgreiche Lösungsansätze müssen weitergeführt und Freiräume für neue Formen der Arbeitsmarktmaßnahmen eröffnet werden.
- Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat vielerorts gezeigt, dass der Wandel von Abwanderungsregionen zu Zukunftsregionen möglich ist. Ziel unserer Politik ist es, dass die vom demografischen Wandel betroffenen Regionen attraktive Lebensbedingungen und Arbeitsplätze bieten.

- **Zuwanderer integrieren, Migrantinnen stärken**

Über 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien leben in unserem Land. Unter den Jugendlichen in den großen westdeutschen Städten sind es bis zu 40 Prozent. Viele Migrantinnen und Migranten sind gut integriert. Sie haben auch zum Wohlstand in Deutschland beigetragen und verdienen unsere Anerkennung.

Viele Jugendliche der zweiten und dritten Generation sprechen ungenügend Deutsch, schließen die Schule nicht ab und machen keine Berufsausbildung. Die Gewaltbereitschaft ist im Durchschnitt größer als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Anders als von vielen erwartet, lösen

sich diese Probleme bei nachfolgenden Generationen nicht von selbst. Die Integration der Menschen aus Zuwandererfamilien gehört deshalb zu den größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Den Frauen und Mädchen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Gerade in Zuwandererfamilien sind es primär die Mütter, die die Kinder erziehen. Sie vermitteln Werte, sie schaffen die Voraussetzungen für Spracherwerb und Bildung, sie befördern soziale Kontakte. Zugleich sind sie dazu nicht in dem Maße in der Lage, wie sie es wollen, sei es, weil ihnen die Sprachkenntnisse fehlen, sei es, weil ihnen ihre Rechte verwehrt werden. Dies gilt zum Teil auch für die Mädchen aus Zuwandererfamilien. Sie sind lernbereiter und erreichen bessere Bildungsabschlüsse. Gleichwohl sind sie später häufiger arbeitslos als junge Männer aus Zuwandererfamilien.

Die Frauen Union setzt deshalb darauf, Frauen und Mädchen aus Zuwandererfamilien nachhaltig zu stärken. Sie unterstützt eine Politik des Förderns und Forderns. Sie betont die Gleichberechtigung von Männern und Frauen als zentrales Grundrecht.

Deutschkenntnisse als Grundlage

Gute Deutschkenntnisse sind die Grundlage für die Integration. Wir wollen Kinder von Anfang an beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützen. Dies gelingt nur, wenn wir zugleich die Deutschkenntnisse der Eltern und insbesondere der Mütter verbessern. Wir brauchen Sprachtests und gezielte Sprachförderung ab dem 4. Lebensjahr und anschließend aufeinander abgestimmte, schulbegleitende Sprachprogramme. Für Mütter müssen mehr Deutschkurse in der Zeit angeboten werden, in der ihre Kinder in Kindertageseinrichtungen sind. Darüber hinaus sollten auch Alphabetisierungskurse im Angebot enthalten sein.

- Wir halten die Teilnahme an Integrationskursen zum Erwerb der deutschen Sprache bei Jugendlichen und Erwachsenen für unerlässlich.
- Der Besuch von Deutschkursen allein reicht nicht. Wir sprechen uns für einen Abschlusstest aus.
- Die Integrationskurse müssen zielgruppenspezifisch weiterentwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Frauenkurse mit Kinderbetreuung. In den Integrationskursen für Frauen müssen stärker als bisher frauen-, familien- und gesundheitsbezogene Themen einbezogen werden. Das Verständnis unserer Grundwerte ergibt sich nicht von selbst. Frauen müssen damit vertraut gemacht sowie in dem Bewusstsein für ihre Rechte gestärkt werden. Jugendkurse müssen eine vertiefte Vorbereitung auf eine spätere Ausbildung und Berufstätigkeit bieten.
- Wer als Ehepartnerin oder -partner nach Deutschland nachzieht, muss künftig bereits vor der Einreise erste Deutschkenntnisse erwerben. Dies dient nicht der Ausgrenzung, sondern der besseren Integration.
- Die staatlichen Behörden auf allen Ebenen benötigen mehr Mitarbeiter mit Zuwanderungshintergrund, um u.a. der zunehmenden Komplexität in den Bereichen Jugend und Schule begegnen zu können. Darüber hinaus sind in den Aus- und Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Pädagogen interkulturelle Kompetenzen verstärkt zu vermitteln.

Bildung und Ausbildung als Schlüssel

Rund 40 Prozent der ausländischen Jugendlichen verbleiben ohne abgeschlossene Berufsausbildung, während lediglich 11 Prozent der Deutschen ihre Ausbildung nicht abschließen. Seit über 10 Jahren verschlechtert sich die Ausbildungssituation von ausländischen Jugendlichen ständig. Nur noch 4,4 Prozent der Auszubildenden haben eine nicht-deutsche Staats-

angehörigkeit (1994 = 9,8 Prozent), obwohl ihr Anteil an den Schulabgängern 8,6 Prozent beträgt. Dieser Zustand ist unhaltbar, denn eine Berufsausbildung ist die Ausgangsbasis für qualifizierte Beschäftigung, beruflichen Aufstieg und die gesellschaftliche Integration.

Sowohl Mädchen und junge Frauen als auch deren Eltern legen großen Wert auf eine gute Schulbildung und eine gute berufliche Qualifizierung. Vor diesem Hintergrund fordert die Frauen Union eine Bildungs- und Ausbildungs-offensive.

Bildung

- Die Frauen Union hat mit ihrem Positionspapier „Kinderbetreuung ausbauen - Frühkindliche Bildung stärken“ Leitlinien zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung und ihrer Finanzierung formuliert. Davon werden deutsche ebenso wie ausländische Kinder und Jugendliche profitieren.
- Kindertageseinrichtungen müssen verstärkt zu Orten frühkindlicher Bildung werden. Wir fordern, dass alle Kinder Kindertageseinrichtungen besuchen. Dabei verstehen wir die Funktion der vorschulischen Bildung nicht vornehmlich als Wissensvermittlung, sondern als Vermittlung von lernmethodischen Fähigkeiten („lernen zu lernen“) und von grundlegenden Kompetenzen, die es unseren Kindern bereits frühzeitig ermöglichen, in ihrer (sozialen) Umgebung verantwortlich zu handeln.
- Wir setzen uns für eine systematische Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen und in der Schule ein: Die Eltern sind bewusst in die Verantwortung für die Entwicklung ihrer Kinder einzubeziehen. Dies befördert die Teilhabe und die soziale Integration von Eltern und Kindern. Auf diese Weise kann mehr Verständnis für die Bedeutung der Bildung in unserer Gesellschaft und für unser Bildungssystem geweckt werden. Umgekehrt können Leh-

rerinnen und Lehrer so besser die Probleme von Zuwandererfamilien verstehen.

- Wir setzen uns für kommunale Netzwerke von Bildungspaten in ganz Deutschland ein, die Kindern und Jugendlichen von Kindertageseinrichtungen an bis zur Ausbildung Unterstützung geben und Ansprechpartner für die Eltern sind. Die Kompetenz und Erfahrung der Eltern muss genutzt werden.
- Die Zusammenarbeit von Schulen und Nachbarschaft, von Schulen und Vereinen sowie von Schulen und Betrieben muss ausgebaut werden.
- Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen und Schulen mit Ganztagsangeboten.
- Deutschen Jugendlichen, die im EU - Ausland ihr Abitur erworben haben, muss die gleiche Anerkennung ihres Abiturs zugestanden werden, wie ihren EU - Mitabiturientinnen und - Mitabiturienten.

Ausbildung

- Die Zahl der Ausbildungsplätze für Jugendliche muss erhöht werden. Für alle Fähigkeiten und Begabungen muss es entsprechende Ausbildungsangebote geben.
- Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich in Ausbildung und Beschäftigtenstruktur widerspiegeln.
- Das Ausbildungspotential der rund 580.000 ausländischen Unternehmen in Deutschland muss besser ausgeschöpft werden. Die zunehmende Wirtschaftskraft dieser Betriebe, die in über 90 Branchen tätig sind, muss für die Berufsausbildung genutzt werden. Die Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und der deutsch- ausländischen Unternehmerverbände muss konsequent umgesetzt werden.

- Betriebe, die zum ersten Mal ausbilden, sollen durch Ausbildungspaten begleitet und beraten werden.

Integration durch Arbeit

Deutschland ist von Arbeitsmigration geprägt. Dabei überwiegen gering oder gar nicht qualifizierte Zuwanderer. Deren Bildungsdefizit überträgt sich – noch stärker als ihr Sprachdefizit – auf ihre Kinder. Es schlägt sich auch in der Arbeitslosenquote unter Ausländern nieder, die seit langem rund doppelt so hoch ist, wie in der Bevölkerung insgesamt. Frauen sind dabei noch häufiger arbeitslos als Männer. Ohne Arbeit, regelmäßiges und selbst erwirtschaftetes Einkommen, sowie bei mangelndem Kontakt zu deutschen Kolleginnen und Kollegen, fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine gelungene Integration. In Zukunft werden wir zunehmend auf gut qualifizierte Migrantinnen und Migranten, insbesondere im Dienstleistungsbereich, angewiesen sein.

- Wir brauchen mehr Frauen aus Zuwandererfamilien im Erwerbsleben als Mittler und Vorbild, z.B. als Erzieherinnen, Lehrerinnen, Ärztinnen und Journalistinnen.
- Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz müssen als Bereicherung verstanden werden.
- In einer globalisierten Welt und in einem exportorientierten Land ist die Vielfalt der Erfahrungen und Lebensstile eine Chance für Unternehmen. Große Unternehmen haben zusammen mit der Bundesregierung die „Charta der Vielfalt“ initiiert. Wir wollen zu ihrer Verbreitung beitragen, damit das Potenzial von Migrantinnen und Migranten stärker als bisher entwickelt und genutzt wird.
- Die Qualifikation und Kompetenzen, die Menschen mitbringen, müssen anerkannt werden. Sie müssen durch individuelles Lernen und spezielle Kurse innerhalb kürzester Zeit in die Lage ver-

setzt werden, die deutsche Sprache so zu erlernen, dass sie ihre Fähigkeiten nutzen können.

- Migrantinnen müssen stärker an betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen beteiligt werden.
- Wer auf Grund fehlender Deutschkenntnisse keine Arbeit aufnehmen kann, muss von den Agenturen für Arbeit verpflichtet werden, an einem Integrationskurs teilzunehmen.
- Zeitarbeit kann als Brücke genutzt werden, um Migrantinnen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. So können sie wichtige Erfahrungen sammeln, während die Arbeitgeber die Fähigkeiten der Migrantinnen schätzen lernen. Programme zur Förderung der Arbeitsmarktintegration durch Zeitarbeit sollten stärker auf Migrantinnen ausgerichtet werden.

Frauenrechte durchsetzen

Es ist ein Gebot der Menschenrechte und des Grundgesetzes, die Gleichberechtigung durchzusetzen. Immer wieder sind Frauen aber mit Gewalt konfrontiert, sei es in Form von Zwangsverheiratungen, von Genitalverstümmelungen oder von häuslicher Gewalt. Dabei scheuen Gewaltopfer aus Zuwandererfamilien aus Angst vor Abschiebung bzw. Ausweisung aus Deutschland und finanzieller Abhängigkeit häufig davor zurück, Hilfsangebote zu nutzen. Oft hindern sie mangelnde Deutschkenntnisse daran, sich aus dem Teufelskreis von Gewalt und Abhängigkeit zu befreien und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Viele wissen zu wenig über ihre eigenen Rechte. Zwang wird ausgeübt, wenn Schülerinnen nicht an Klassenfahrten oder am Sportunterricht teilnehmen dürfen, wenn Frauen daran gehindert werden, Deutsch zu lernen oder Kontakte zu knüpfen.

Starke, unabhängige und erfolgreiche Frauen sind Vorbilder, die wir dringend brauchen. Vor diesem Hintergrund fordert die Frauen Union

- Gewalt gegen Frauen und Kinder zu ächten. Staatliches Handeln genügt nicht. Dies muss aus der Mitte der Migrantinnen und Migranten selbst geschehen. Wir werden deshalb Initiativen gegen Gewalt unterstützen und anregen.
- zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen Zwangsverheiratung einen eigenen Straftatbestand einzuführen.
- zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen Heiratsverschleppung das Aufenthaltsgesetz anzupassen. Die Rechtmäßigkeit ihres Aufenthalts in Deutschland darf in diesem Fall nicht schon nach sechsmonatiger Abwesenheit enden.
- Frauen konsequent über ihre Rechte aufzuklären. Informations- und Medienkampagnen sind ebenso notwendig, wie Initiativen der Migrantinnen selbst. So müssen Frauen darüber aufgeklärt werden, dass sie Deutschland nicht verlassen müssen, wenn sie sich von einem gewalttätigen Ehemann trennen.
- Schutzmöglichkeiten in Frauenhäusern, Beratungs- und Hilfsangebote auszubauen und bekannt zu machen.
- dass alle Schülerinnen am Sport- und Biologieunterricht sowie an Klassenfahrten teilnehmen.

Teilhabe fördern

Die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen in Politik und Gesellschaft erfordert Offenheit und Engagement von allen Seiten. Wir wollen Migrantinnen gewinnen

- für die Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen und Schulen;
- für die Mitarbeit in Verbänden und Vereinen, die ihrerseits Migrantinnen gezielt ansprechen müssen;
- für die Mitarbeit in der Frauen Union und der CDU. Als Frauen Union werden wir ein Netzwerk von Frauen aus Zuwandererfamilien aufbauen.

So werden wir Integrationsland.

So kommen wir zur partnerschaftlichen Gesellschaft.

So gestalten wir den demografischen Wandel als Chance für Deutschland.